

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
33. Sitzung

03.03.1988
ni-sz

Der Antrag der Fraktion der SPD zu Art. III Nr. 2 des Gesetzentwurfs - § 28 Gesetz über die Fachhochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen - wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. so beschlossen.

Der Antrag der Fraktion der SPD zu Art. IV des Gesetzentwurfs - § 53 Gesetz über die Kunsthochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen - wird einstimmig angenommen.

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Einfügen eines neuen Artikels VI - betrifft: § 7 Abs. 9 S. 1 Haushaltsgesetz 1988 - in den Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen.

Der Gesetzentwurf wird mit den eben vorgenommenen Änderungen mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Zum Berichterstatter wird der Vorsitzende ernannt.

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Studentenwerke im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/2733

Beratung und Beschlußfassung zur 2. Lesung

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Zum Berichterstatter bestimmt der Ausschuß den Vorsitzenden.

Fortsetzung der Debatte "Vor Eintritt in die Tagesordnung".
hier: zu b): Brief des Ministerpräsidenten im Zusammenhang mit der Schließung der Fachhochschule Hagen

Der Ausschuß setzt seine vor Eintritt in die Tagesordnung begonnene Debatte anhand des nunmehr vorliegenden Briefes des Ministerpräsidenten, gerichtet u. a. an den Rektor der Fachhochschule Hagen, fort.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
33. Sitzung

03.03.1988
ni-sz

- 3 Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die Infrastruktur im Land Nordrhein-Westfalen und das Regierungshandeln unter Einschluß von Landesplanung und mittelfristiger Finanzplanung

Bericht der Landesregierung

Vorlage 10/1105 und

Vorlage 10/1238

Beratung der hochschulrelevanten Aspekte - insbesondere unter Einbeziehung von Punkt 3 der Vorlage 10/1238 - und ggf. Abgabe einer Stellungnahme an den federführenden Hauptausschuß

Ausschuß und Ministerin einigen sich darauf, das Ministerium für Wissenschaft und Forschung möge Antworten auf die in Vorlage 10/1238 enthaltenen Fragen betreffend den Hochschulbereich erarbeiten und diese den Abgeordneten in den nächsten Tagen zuleiten.

- 4 Ostdeutsche Landeskunde

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 10/2342

Bericht des Ministers für Wissenschaft und Forschung und
Beratung

Die von seiten des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung geschilderten, bereits laufenden Aktivitäten an einzelnen Hochschulen und in anderer Form werden von der Fraktion der CDU als zur Erfüllung des in ihrem Antrag zum Ausdruck gebrachten Anliegens als nicht ausreichend bezeichnet.

- 5 Vierte Verordnung zur Sicherung der Aufgaben im Hochschulbereich

Vorlage 10/1479

Entscheidung über das weitere Verfahren

Der Ausschuß stimmt dem Antrag der SPD-Fraktion auf Durchführung eines Hearings gemäß § 33 der Geschäftsordnung des Landtages gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. zu.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
33. Sitzung

03.03.1988
ni-sz

Anschließend billigt der Ausschuß, ebenfalls gegen die Stimmen von CDU und F.D.P., den Antrag der SPD-Fraktion gemäß § 28 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtages auf Einberufung des Ausschusses für den 17. März zwecks Durchführung einer Anhörung der Hochschulen und weiterer Betroffener zu der Vierten Verordnung zur Sicherung der Aufgaben im Hochschulbereich.

Die CDU-Fraktion und der Vorsitzende sprechen sich schärfstens gegen einen so frühzeitigen Anhörungstermin aus, da dabei weder eine ordnungsgemäße Vor- noch eine ausreichende Nachbereitung gewährleistet werde.

Der Vorsitzende betont, er werde aufgrund rechtlicher Bedenken für den 17. März nicht zu einer Anhörung einladen.

- - - - -

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
33. Sitzung

03.03.1988
ni-sz

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

a) Begrüßung eines neuen Ausschußmitgliedes

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Abg. Böcker von der Fraktion der SPD als Nachfolger für den dem Ausschuß bis dahin als ordentliches Mitglied angehörenden, verstorbenen Abgeordneten Reymann.

b) Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 1

Abg. Dr. Posdorf (CDU) weist mit Blick auf die Beratungen des Hochschuländerungsgesetzes im vergangenen Jahr darauf hin, die Beschlußfassung sei auf einer Klausurtagung seinerzeit mit dem Argument, die Protokolle des Hearings lägen noch nicht vor, verschoben worden. Diesmal stelle sich die Sachlage ähnlich dar.

An die Landesregierung richte er die Frage, ob von ihrer Seite aus bezüglich des Tagesordnungspunktes 1 momentan überhaupt Diskussionsbedarf bestehe. Nach seinen Informationen habe Ministerpräsident Dr. Rau dem Rektor der Fachhochschule Hagen, Herrn Prof. Dr. Brandenburg, ein gestern bei diesem eingegangenes Schreiben des Inhalts gesandt, daß die Erörterung des Themas "Fachhochschule Hagen" weder innerhalb der Landesregierung noch bei der SPD-Landtagsfraktion beendet sei. Angeboten habe der Herr Ministerpräsident in dem Brief weiterhin für den Monat März ein Gespräch zwischen ihm, Staatssekretär Dr. Leister, Herrn Prof. Dr. Brandenburg sowie dem Oberkreisdirektor und dem Landrat der Region Hagen. Daraus folgere er, Dr. Posdorf, daß sich die Landesregierung noch nicht darüber im klaren sei, was sie eigentlich wolle.

Frau Brunn, Ministerin für Wissenschaft und Forschung, ist bekannt, daß Vertreter der Region Hagen in ständigem Kontakt mit ihrem Hause und auch mit der Staatskanzlei ständen und einige von ihnen, die um ein Gespräch bei Staatssekretär Dr. Leister nachgefragt hätten, in den nächsten Tagen von diesem empfangen würden.

Ferner sei in der vorletzten Woche ein Brief aus Hagen eingetroffen und beantwortet worden, wobei die Antwort keineswegs die Frage "Fachhochschule Hagen" neu aufwerfe, sondern sich damit beschäftige, was für die Region Hagen auf hochschulpolitischem

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
33. Sitzung

03.03.1988
ni-sz

Gebiet Wichtiges ergänzend getan werden könne, also ein Thema aufgreife, welches nicht unmittelbar das Gesetz betreffe und damit auch keinen Anlaß biete, die Beratung zu vertagen.

Abg. Dr. Posdorf (CDU) sieht in dem von Frau Ministerin Vorge-tragenen und seinen Mitteilungen zwei unterschiedliche Sachver-halte - das eine habe mit dem anderen nichts zu tun.

Unter der Voraussetzung, daß die eingangs von ihm geschilderten schriftlichen Äußerungen der Landesregierung der Wahrheit ent-sprechen - und daran hege er keinen Zweifel, denn ihm seien sie von Herrn Prof. Dr. Brandenburg selbst übermittelt worden -, be-antrage er, den Tagesordnungspunkt 1 abzusetzen, um der Landes-regierung Gelegenheit zu geben, ihre Entscheidung - im positiven Sinne für die Fachhochschule Hagen - zu überdenken.

Für Abg. Kniola (SPD) ausschlaggebend, um überhaupt in eine Be-wertungsdebatte über das Schreiben einzutreten, ist das, was die jetzt anwesenden, offiziellen Vertreter des Absenders hier er-klärten. Nicht vorstellen könne er sich, daß ein solcher Brief existiere, ohne daß zumindest die Ministerin ihn kennen würde.

Abg. Dr. Posdorf (CDU) bittet darum, beispielsweise auf tele-phonischem Wege schnellstmöglichst den genauen Wortlaut des Schreibens in Erfahrung zu bringen; er wolle ihn zur Grundlage seines Antrages machen.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß dieser Wunsch allen-falls als eine Anregung an die Ministerin, die die Landesregie-rung während dieser Sitzung vertrete, gehen könne.

Frau Ministerin betont, sie begrüße nachdrücklich alle Gespräche, die mit dem Ziel, in den Regionen zu positiven hochschulpoliti-schen Entwicklungen ganz genereller Art zu gelangen, stattfänden, sehe aber keinen Grund, das Gesetzgebungsverfahren nicht wie geplant durchzuführen. Sie gehe davon aus, daß der Herr Minister-präsident, wäre er wirklich der von Herrn Dr. Posdorf ihm unter-stellten Auffassung, dies ihrem Haus mitgeteilt hätte.

Abg. Dr. Fischer (CDU) bezeichnet die Situation als schizophren. Einerseits tue Dr. Rau Herrn Prof. Dr. Brandenburg gegenüber kund, im März noch werde über das Schicksal der Fachhochschule Hagen gesprochen, andererseits beschließe der Ausschuß heute mit den gegebenen Mehrheiten über den Gesetzentwurf und damit über die Schließung der Fachhochschule Hagen.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
33. Sitzung

03.03.1988
ni-sz

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. entscheidet sich der Ausschuß dafür, Punkt 1 auf der Tagesordnung zu belassen.

Zu 1: Gesetz über Änderungen im Hochschulbereich

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 10/2599

Zuschriften 10/1702, 10/1716, 10/1727, 10/1728,
10/1731, 10/1734, 10/1740, 10/1759,
10/1760, 10/1761, 10/1763, 10/1764,
10/1766, 10/1767, 10/1768, 10/1769,
10/1770, 10/1771, 10/1772, 10/1773,
10/1774, 10/1775, 10/1776, 10/1777,
10/1778, 10/1779, 10/1780, 10/1797,
10/1798, 10/1800, 10/1802, 10/1804,
10/1809, 10/1811

Beratung und Beschlußfassung zur 2. Lesung

Abg. Mohr (CDU) nimmt Bezug auf die im Hearing deutlich gewordene Befürchtung der Abteilung Höxter der Universität - Gesamthochschule - Paderborn, daß, dürften Einschreibungen für die beiden Studiengänge Bauingenieurwesen und Architektur sofort bei Inkrafttreten des Gesetzes nicht mehr erfolgen, ein "Immatrikulationsloch" entstehen und zu einer Gefährdung des Standortes führen könnte. Er schlägt deshalb vor, Einschreibungen noch ein weiteres Jahr zuzulassen.

Die Ministerin plädiert gegen eine solche Änderung, denn sie bewirkte eine sich negativ auswirkende Verlängerung des Übergangszeitraumes. Vielmehr sollte der Hochschule mit der jetzt vorgesehenen Regelung die Möglichkeit geboten werden, auf dem eingeschlagenen, guten Weg voranzumarschieren und den von ihr geplanten Studiengang so zügig zu entwickeln, daß sie spätestens im nächsten Jahr mit ihm beginnen könne.

In der Debatte zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfs wichtig darzustellen scheine ihr, daß der Studiengang Wasserbau in Höxter im Rahmen der Landespflege fortgeführt werden sollte und die im Bereich Wasserbau vorhandenen Einrichtungen auch der Fachhochschule Lippe zur Verfügung ständen.

Nach den Worten von Abg. Dr. Posdorf (CDU) begrüßt die CDU-Fraktion es, daß von der laut Gesetzentwurf beabsichtigten Anfügung eines Satzes 4 an Abs. 3 des § 109 WissHG nun - wenn auch nur aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken - gemäß dem SPD-Antrag Abstand genommen werde.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
33. Sitzung

03.03.1988
ni-sz

Ebenso erfreue ihn - zumindest optisch - der Verzicht auf Art. I § 3 - Minden - des Gesetzes über Änderungen im Hochschulbereich von seiten der SPD-Fraktion. Ihn irritiere dabei allerdings der Bruch in der Argumentation, denn er könne sich noch sehr genau an die Argumentation pro Art. I § 3 erinnern, nämlich daß es sich bei dem darin aufgezeigten Weg um den einzigen handle, um den Standort Minden zu sichern. Treffe die damals gelieferte Begründung heute immer noch zu, werde der Abteilung Minden bewußt ein Todesstoß versetzt. Auf das Fehlen einer Bestandsgarantie laufe auch eine Äußerung der Frau Ministerin in der Presse hinaus.

Er, Dr. Posdorf, wünsche daher Auskunft, ob die Abteilung Minden absichtlich den Todesstoß erhalten oder man die bisherige Argumentationsschiene wegen anderer Einsichten verlassen habe.

Zurückkommend auf den Vorschlag von Herrn Mohr, bestätigt Abg. Kniola (SPD) die Befürchtungen der Abteilung Höxter der Universität - Gesamthochschule - Paderborn, schließt sich aber, was eine Verlängerung des Übergangszeitraumes angeht, der Ansicht der Frau Ministerin an, denn das Verweisen auf ein "Studienanfängerloch" setzte sich ansonsten von Jahr zu Jahr fort. Zudem verlaufe die Tendenz bei den Studienanfängerzahlen für die Gebiete Bauingenieurwesen und Architektur für den Raum Ostwestfalen klar nach unten.

Nehme der Ausschuß heute einen klaren Einschnitt vor, müsse er auch dafür Sorge tragen, daß die von allen Fraktionen gewollte Konzipierung eines neuen Studienganges von der Hochschule zügig in Angriff genommen werde.

Der Rektor der Universität - Gesamthochschule - Paderborn habe glaubhaft versichert, der ökologiebezogene Ingenieurstudiengang könne, da er auf Vorhandenes aufbaue, innerhalb einer relativ kurzen Zeitspanne entwickelt werden, und man sei sicher, daß nur ein einziges Mal für einen Studiengang auf Einschreibungen verzichtet werden müsse.

Er, Kniola, betrachte es auch als nützlich, würden die Hochschulgremien durch einen eindeutigen Beschluß ein wenig unter Zugzwang in Richtung Neuorientierung gesetzt.

Zweitens wolle er auf die Zuordnung der Abteilung Minden eingehen. Natürlich habe hinter dem Gesetzentwurf der Gedanke gestanden, sowohl Personal- wie auch Studienanfänger- und Studentenströme zwischen der Fachhochschule Weser-Lippe, dem Standort Detmold und der Abteilung Minden hin- und herbewegen zu können. In den Anhörungen sei dann aber deutlich geworden, daß ein solcher Ausgleich aufgrund der in dem Raum bestehenden regionalen Anbindungen nicht realisierbar scheine. Wenn es auch schmerzlich sei, so habe dieser Situation doch Rechnung getragen werden

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
33. Sitzung

03.03.1988
ni-sz

müssen. Letztlich bemesse sich die Zukunft eines Standorts sowieso nach seiner Attraktivität, dokumentiert durch das Nachfrageverhalten der Studenten.

Hervor hebt der Abgeordnete, daß mit dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion keineswegs intendiert oder gar beabsichtigt sei, bewußt eine Politik gegen den Standort Minden zu betreiben. Man werde die für den Abteilungsstandort Minden gebotenen - natürlich unter Berücksichtigung der Studienanfängerzahlen - Neubesetzungen und Neuausstattungen vornehmen.

Der Vorsitzende beginnt seine Ausführungen namens der F.D.P.-Fraktion mit einer allgemeinen Bemerkung. Es habe sich gezeigt, daß es sich lohne, sorgfältig vorbereitete Anhörungen durchzuführen, denn es zeichneten sich, schaue man sich die Änderungsanträge der Mehrheitsfraktionen an, erhebliche Modifizierungen gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf ab. Als Dissens bleibe nur der Fall "Hagen". Er begrüße es, daß sich der Ausschuß als Ergebnis des Hearings so weit von den Planungen der Ministerin entferne.

Vor allen Dingen heiße er die in den Änderungsanträgen der SPD-Fraktion enthaltene Korrektur in bezug auf § 109 WissHG gut: Besser, der Ausschuß leite sie ein, als daß dies das Verfassungsgericht im nachhinein tue.

Ebenso stoße die Lösung für den Standort Minden - insbesondere unter Hinzunahme des von Herrn Kniola gerade Vorgetragenen - auf seine Zustimmung, denn die Äußerungen der Frau Ministerin hätten vorher zu erheblicher Verwirrung beigetragen. Einmal habe sie - so bewerte es seine Fraktion politisch - erklärt, mit der Entscheidung der SPD-Fraktion, Art. I § 3 des Gesetzentwurfs wieder zu streichen, entfalle die Standortgarantie, und zweitens - was nun von Herrn Kniola ausgeräumt worden sei - ergänzt, wenn alles nicht funktioniere, würde sie die entsprechenden Stellen abziehen - auch dies eine Interpretation seiner Fraktion.

Im übrigen verweise er auf seine schriftlichen Einlassungen (s. Anlage 3).

Abg. Dr. Fischer (CDU) teilt die Auffassung des Vorsitzenden, daß die Änderungsanträge Fortschritte mit sich brächten. Eine um so größere Enttäuschung breite sich bei ihm darüber aus, daß das Hochschuländerungsgesetz nur noch eine "lex Hagen" darstelle.

Nun noch zwei aus der Anhörung resultierende Fragen an das Ministerium für Wissenschaft und Forschung!

Der ehemalige Justizminister des Landes, Dr. Haak, habe im Plenum starke verfassungsrechtliche Bedenken in Anbetracht der Einzelfallentscheidung des Art. I § 1 - Hagen - des Hochschuländerungs-